

## PRESSEMITTEILUNG

### Die Volksinitiative „Hamburg für gute Integration!“ präsentiert Vorschläge für eine integrationsfreundliche Unterbringung der Flüchtlinge

- Die Initiatoren und zahlreiche Unterstützer waren einer Einladung des Ausschusses für Soziales, Arbeit und Integration ins Rathaus gefolgt
- Trotz erster Erfolge für „Hamburg für gute Integration!“ hält der Senat im Wesentlichen an der Unterbringung in Großunterkünften fest
- Großsiedlungs-Politik des Senates ist nicht alternativlos

Hamburg, 22. April 2016

Die Volksinitiative „Hamburg für gute Integration!“ hat im Rathaus vor zahlreichen Unterstützern ihre Pläne und Vorschläge für eine integrationsfreundlichere Flüchtlingsunterbringung vorgestellt. Würden die Vorschläge entsprechend umgesetzt, wären die weiterhin geplanten integrationsfeindlichen Großunterkünfte des Senats nicht mehr nötig.

Klaus Schomacker, Vertrauensperson der Volksinitiative, sagt dazu: „Dass an einem Freitagabend so viele Unterstützer mit uns ins Rathaus gekommen sind, ist ein klares Zeichen Richtung Politik. Wir haben anschaulich dargelegt, wie die Flüchtlinge in Hamburg besser untergebracht werden könnten – außerhalb von Baumärkten und Großunterkünften und mit viel besseren Bedingungen für eine erfolgreiche Integration. Gute Voraussetzungen für eine gelingende Integration zu schaffen scheint bei den Plänen des Senats und des Ersten Bürgermeisters nur eine untergeordnete Rolle zu spielen. Und wir haben gezeigt: Die Politik des Senates ist alles andere als alternativlos. Äußerungen von Fraktionschef Andreas Dressel in den letzten Tagen haben vielmehr erkennen lassen, dass die Flüchtlingskrise mittlerweile ganz offen genutzt wird, um das geltende Baurecht zur Durchsetzung von konzeptlosem, sozialem Wohnungsbau auszuhebeln.“

Zu den Vorschlägen der Volksinitiative zählen unter anderem:

- Wohnungsbauprogramm für Geflüchtete öffnen
- Wohnungskataster erstellen
- Baulücken schließen
- Aufstockung des regulären Wohnungsbauprogramms
- durchmischte Bebauung zum Beispiel aufgrund eines Viertelmixes (also ergänzend zum Drittelmix in Neubauten zusätzlich die Unterbringung anerkannter Flüchtlinge)
- Aktivierung ungenutzter Zimmer und Einliegerwohnungen sowie Zwischennutzung vor Sanierung oder Abbruch
- Ausbau von Dachgeschossen
- u.v.m.

Die Präsentation der Initiative und ein Hintergrund-Papier stehen zum Download bereit unter:  
<http://www.gute-integration.de/news/>

Die Pressemitteilung und die Präsentation werden außerdem per E-Mail an alle Medienvertreter gesendet.

### **Zum Hintergrund**

Im Rahmen der Volksinitiative „Hamburg für gute Integration!“ wurden in der Zeit vom 26. Februar bis zum 2. März 2016 in nur knapp 5 Tagen über 26.000 Unterschriften gesammelt. Zudem hat eine Umfrage des NDR eine klare Mehrheit gegen die Großunterkunftsplanungen des Senates ergeben.

Nach Informationen der Volksinitiative stehen allein in Hamburg ca. 4.500 Plätze in Folgeunterkünften leer. Nimmt man den Wohnungsleerstand und die leerstehenden Kapazitäten im Hamburger Umland hinzu, so könnten die ca. 7.000 betroffenen Flüchtlinge sofort aus den Baumärkten ausziehen. Aber der Senat verhindert dies. Die Gründe dafür sind bisher unbekannt.

Sowohl Vizekanzler Sigmar Gabriel als auch Bundesbauministerin Dr. Barbara Hendricks haben sich zuletzt öffentlich für kleine Einheiten bei der Flüchtlingsunterbringung bzw. für einen gemischten Wohnungsbau anstelle von Flüchtlingswohnungsbau ausgesprochen.

Ansprechpartner für die Medien:

Klaus Schomacker

Tel.: 0157/83285555

[klaus.schomacker@t-online.de](mailto:klaus.schomacker@t-online.de)

## „Hamburg für gute Integration!": Hintergrund

### Ziele

Die Volksinitiative „Hamburg für gute Integration!“ setzt sich für die **nachhaltige Integration der Geflüchteten** in Hamburg ein. Deshalb **lehnt sie die Pläne des Hamburger Senats für Großunterkünfte für Flüchtlinge ab**. Studien besagen, dass Integration nur dann erfolgreich verlaufen kann, wenn die Flüchtlinge in kleinen Unterkünften untergebracht werden.

### Forderungen

Jede Flüchtlingsunterkunft darf nur mit **maximal 300 Personen** belegt werden. Zwischen Unterkünften mit 100 und mehr Personen muss ein **Mindestabstand von 1000 Metern** liegen.

Die Einhaltung dessen führt automatisch zu einer **gleichmäßigeren Verteilung in Hamburg**. Die Abstandsregel gilt nicht für Unterkünfte mit weniger als 100 Personen.

Der Senat muss eine echte **Bürgerbeteiligung** herstellen und seine Versuche unterlassen, nicht gesetzeskonforme Planungen einfach durchzusetzen.

Die bisherige Verteilung von Geflüchteten auf die Bundesländer nach dem Königsteiner Schlüssel ist ungerecht: Stadtstaaten wie Hamburg haben ohnehin schon Wohnungsnot und müssen dann noch überproportional viele Flüchtlinge aufnehmen. Der Senat muss für eine **faire Verteilung auf Bundesebene** kämpfen!

Der Senat soll sich nicht nur um die schlichte Unterbringung der Flüchtlinge bemühen, sondern er muss ein **Integrationskonzept** vorlegen und **Bedingungen herstellen, unter denen die nachhaltige Integration der Flüchtlinge wirklich möglich ist**.

Der Senat muss im Sinne der Bürger und der Flüchtlinge die sich jetzt bietende Chance für ein **integriertes Stadtentwicklungskonzept** nutzen.

### Erfolge

Im Rahmen der Volksinitiative „Hamburg für gute Integration!“ wurden in der Zeit vom 26. Februar bis zum 2. März 2016 **in nur knapp 5 Tagen über 26.000 Unterschriften** gesammelt.

In einigen Stadtteilen hat der Senat den Forderungen von „Hamburg für gute Integration!“ und engagierten Bürgern bereits nachgegeben und ist **Kompromisse** eingegangen.